

*Puttkamer, Joachim von: Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in der Auseinandersetzung mit der ungarischen Staatsidee 1867-1914.*

Oldenbourg, München 2003, 531 S., 3 Karten (Südosteuropäische Arbeiten 115).

In Joachim von Puttkamers leicht gekürzter und überarbeiteter Freiburger Habilitationsschrift über die ungarische Schul- und Nationalitätenpolitik der Ausgleichsepoche geht es – anders als in der bisherigen Forschung – nicht allein um die über Schulen vermittelte Sprachenpolitik (Magyarisierung über Sprache), sondern

vielmehr um die Rolle der Schulen „als Agenten massenwirksamer nationaler Identifikation im Konfliktfeld widerstreitender nationaler Ideologien: als Instrumente nationaler Integration“ (S. 63), die diese durchaus auch als muttersprachliche Schulen erfüllen konnten. Auf breitester Quellengrundlage analysiert von Puttkamer anhand der Beispiele der Slowaken in Oberungarn sowie der Rumänen und der Siebenbürger Sachsen in Siebenbürgen vergleichend die Wirksamkeit der ungarischen Schulpolitik im Hinblick auf die nationale Integration im Rahmen des Konzepts der ungarischen Staatsnation. Methodisch knüpft er dabei an die moderne Nationalismusforschung und hier insbesondere an das Phasenmodell von Miroslav Hroch sowie an Roger Brubakers Konzept der Nation als einer Kategorie der Praxis an, die durch kulturelles und soziales Handeln im Alltag vergegenständlicht wird. Unter Nation wird ein „zukunftsgerichteter politischer Ordnungsentwurf“ verstanden, der sein Integrationspotential entfalten konnte, indem er Zukunft „unter Bewahrung gleichsam natürlicher Identität“ (S. 29) verhielt. Ergänzt wird dieser Ansatz durch eine alltagsgeschichtlich inspirierte Perspektive, die nach der Umsetzung auf lokaler Ebene und nach der Widerständigkeit und den Handlungsspielräumen im Schulalltag fragt.

Anschließend an einen kurzen, nach ethnischen Gruppen gegliederten Überblick über die Nationalbewegungen in Ungarn während der Ausgleichsepoche wird im ersten Kapitel des Hauptteils die Schulpolitik im Spannungsfeld von staatlicher Lenkung und kirchlicher Autonomie in den Blick genommen. Mit dem Volksschulgesetz von 1868 wurde eine verpflichtende staatliche Regelschule eingeführt, die konfessionellen Schulen wurden unter staatliche Aufsicht gestellt. Diese behielten jedoch weitgehende innere Autonomie, wodurch die „Entstehung konsolidierter Minderheitenschulen entlang konfessioneller Linien“ (S. 19) begünstigt wurde. So unterliefen die Kirchen die Vereinheitlichungsbestrebungen. Sie waren den Nationalitäten, denen die gleichberechtigte politische Partizipation vorenthalten wurde, als einziger Freiraum kultureller Entfaltung geblieben. Ihren unterschiedlichen historischen Voraussetzungen und Autonomietraditionen entsprechend nutzten die Kirchen diesen in unterschiedlichem Maße: In Siebenbürgen schöpften die Protestanten, in Innerungarn die Reformierten diese Spielräume am stärksten aus. Das angestrebte „Zusammenwirken von gestaltenden Kirchen und ordnendem Staat“ (S. 100) wurde somit nicht flächendeckend erreicht. Vielmehr wurde die Autonomie und die gleichberechtigte Stellung der rechtlich anerkannten Konfessionen als eines der wesentlichen Organisationsprinzipien des multiethnischen Staates Ungarn festgeschrieben. Zudem konnte die Schulpflicht aufgrund von Gebäude- und Ausstattungsmängeln sowie unregelmäßigem Schulbesuch der Kinder und unqualifizierten Lehrern – was ein strukturelles Problem des Volksschulwesens bleiben sollte – nie vollständig durchgesetzt werden. Im Jahr 1869 besuchten im Landesdurchschnitt lediglich 70 Prozent der Schulpflichtigen eine Volksschule.

Einen Wandel führte das Gesetz 28/1876 herbei, das eine staatliche Schulinspektion schuf, wodurch der Staat zur treibenden Kraft bei der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben durch die konfessionellen Schulen wurde. Zudem wurde 1879 Ungarisch zum obligatorischen Fach an allen Schulen, was aber ebenfalls nicht

flächendeckend umgesetzt werden konnte. Es kam daher zu einer parallelen Einrichtung von staatlichen Volksschulen, die sich in den mehrheitlich rumänisch besiedelten Komitaten Siebenbürgens konzentrierten. Diese waren ein wesentliches Instrument der Nationalitätenpolitik, womit die Idee des weltanschaulich neutralen Staates und der Staatsnation unterlaufen wurde. Die Lex Apponyi von 1907 führte schließlich zu einer weiteren Forcierung der Nationalisierung des Schulsystems und sollte helfen, die strukturellen Probleme zu überwinden. Die Volksschulen wie auch die Mittelschulen der Nationalitäten zeigten hier verschiedene Grade von Widerständigkeit und Selbstbehauptung: Slowaken und Rumänen waren aufgrund einer weitgehend fehlenden nationalpolitisch aktiven Bildungselite sowie ihrer historisch schwächer ausgeprägten Autonomie am anfälligsten für staatliche Eingriffe und Zurückdrängung der Muttersprachen. Im Ergebnis wurde die weitreichende Autonomie der konfessionellen Minderheitenschulen durch die Lex Apponyi durchbrochen.

Im zweiten Kapitel des Hauptteils untersucht von Puttkamer die Konkurrenz von Staatssprache und Mehrsprachigkeit. Als strukturelles Problem zeigte es sich hier, dass die Magyaren in Ungarn selbst nur eine relative Mehrheit (46,6 %) der Bevölkerung bildeten und sich in bestimmten Landesteilen konzentrierten. Das führte dazu, dass besonders Oberungarn und Siebenbürgen kaum mit der ungarischen Sprache in Berührung kamen, so dass diese quasi als Fremdsprache eingeführt werden musste. Als größtes Hindernis für den Ungarischunterricht erwies sich hier erneut das Problem fehlender qualifizierter Lehrkräfte, dem auch mit Sofortmaßnahmen wie Sommerkursen nicht abgeholfen werden konnte. Aber auch die Kenntnis der Volkssprache bei den jeweiligen Lehrern stellte ein großes Problem da. Verfügten sie über diese Qualifikation, so dass sie sich vor Ort verständigen konnten, waren sie anfangs bei der Stellensuche im Vorteil.

Die statistischen Werte zeigen, dass sich in Folge dieser Maßnahmen die Zahl der ungarischsprachigen nichtmagyarischen Bevölkerung von 1880 bis 1910 verdoppelte. Setzt man diese Werte allerdings in Bezug zu den Zahlen für den Schulbesuch, relativiert sich das Ergebnis, so dass von Puttkamer von einem bedingten Erfolg spricht. Festzuhalten bleibt aber, dass Ungarisch als Staatssprache zunehmend unentbehrlich wurde und als Elitensprache für den beruflichen Aufstieg und im Staatsdienst unerlässlich war. Es gehörte der öffentlichen und urbanen Sphäre an, während die Volkssprachen dem privaten und ländlich geprägten Kreis zugerechnet wurden. Diese starben deswegen auch nicht aus, vielmehr entwickelte sich vielfach Zweisprachigkeit. Das erreichte Sprachniveau richtete sich dabei nach den sozialen Milieus und wies ein starkes Stadt-Land-Gefälle auf.

Das dritte bis fünfte Kapitel des Hauptteils widmet sich der Konkretisierung der Nationsidee im Unterricht und im Schulalltag. Hier untersucht von Puttkamer anhand von Lehrplänen, Schulbüchern und der Rezeption von Schulfesten die Konkurrenz von nationalen Deutungsangeboten und ihre Durchsetzungsbedingungen. Entscheidend war dabei vor allem der Geschichtsunterricht, der integrativ und am Ideal einer durch die ständisch-übernationale *natio Hungarica* vorgeprägten Staatsbürgernation orientiert war und Gemeinsamkeiten zwischen den Nationalitäten betonte. Anders als in Deutschland und Frankreich wurde die Nationsidee daher

nicht militarisiert. Von Puttkamer schränkt im Ergebnis die reale Rolle der Schulen bei der Vermittlung der Nationsidee ein und interpretiert die dort präsentierten Inhalte als „autoritative Deutungsangebote“ (S. 254), über deren Aneignung noch weitere Faktoren entschieden. Herausgearbeitet wird auch hier wieder die Norm-Praxis-Differenz: Staatliche Vorgaben wurden nicht immer linear umgesetzt, eine Folge davon war die Regionalisierung des Geschichtsunterrichts, besonders in Siebenbürgen. Es bestand ein großer Spielraum bei der Umsetzung der Vorgaben je nach Interesse und Qualifikation der Lehrer, so dass „eine pathetische Übersteigerung des Nationalen im Geschichtsunterricht in der alltäglichen Praxis gleichsam wieder in die Lebenswelt der Schüler hineingeholt wurde“ (S. 264).

Kennzeichen der Entwicklung der Schulbuchverlage war die Verdrängung konfessionell geprägter zugunsten privater, betont nationaler Verlage sowie die Einführung einer staatlichen Schulbuchkontrolle, zunächst für die Mittelschulen und seit 1887 auch für die Volksschulen. Ab den 1890er Jahren richteten die konfessionellen Schulträger eigene Rezensionsorgane ein. Besonders interessant an der Untersuchung der Schulbücher sind die Ergebnisse zum semantischen Auseinandertreten der Begriffe Nation (*nemzet*) als der überethnischen politischen Nation und den Nationalitäten (*nemzetiségek*) als der Bezeichnung für die ethnische Herkunft. Das Bemühen zielte darauf, diese Differenz zu harmonisieren. So wurden in schulischen Jahresberichten ab 1875 anstelle der Volksgruppenbezeichnung nur noch die Sprachkenntnisse der Schüler erfasst und die Schulbuchkontrolle versuchte, Nationalitätenstandpunkte zu zensieren. Der fundamental wichtige Begriff der „Nationalität“ wurde so an den Rand gedrängt. Problematisch war auch, dass die verschiedenen Sprachen nicht immer die Möglichkeit boten, nach dem Staatsnationskonzept zwischen Volk, Nation und Nationalität zu unterscheiden, zumal sich auch diese Begriffe unterschiedlich aufladen ließen. Deutlich wird hier auch der Wandel des Staatsnationskonzepts hin zum Bild einer magyarisch geprägten Kulturnation seit den 1880er Jahren.

Abschließend untersucht von Puttkamer – an die historische Mythenforschung anknüpfend – am Beispiel verschiedener Geschichtsmythen deren Tradierung und gegenwartspolitische Indienstnahme. Er zeigt, dass die Siebenbürger Sachsen, die Slowaken und die Rumänen mit der Vermittlung ihrer Ursprungsmythen darauf zielten, „dem magyarischen Führungsanspruch ein eigenes Geschichtsbild entgegenzusetzen, ohne dabei die Grenzen des behördlich Geduldeten übermäßig zu strapazieren“ (S. 371), während die Zipser Sachsen und die Juden ein Geschichtsbild konstruierten, das für die ungarische Nation warb und so ihre Assimilation rechtfertigte.

Im vierten Kapitel des Hauptteils wird die Inszenierung der Nation bei Schulfesten, insbesondere bei der Millenniumsfeier von 1896, untersucht und die Institutionalisierung eines Festkalenders mit wichtigen Daten für die Nation beschrieben. Schließlich wird ein Blick auf die Schüler, im Wesentlichen auf der Basis von Selbstzeugnissen aus Lesezirkeln und Selbstbildungskreisen, geworfen und ihr Bild des Schulalltags und seiner Konflikte vermittelt.

Von Puttkamer kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass „am Vorabend des Ersten Weltkriegs [...] die ungarische Schulpolitik ihre selbst gesteckten Ziele

weitgehend erreicht“ (S. 446) hatte. Allerdings mit erheblichen regionalen Differenzierungen, die dazu führten, dass sich die Siebenbürger Sachsen und die Rumänen in Siebenbürgen zu „echten“ nationalen Minderheiten gewandelt hatten, deren Integration nicht durch die „Ausschaltung nationalen Sonderbewußtseins“, sondern nur über die „Vermittlung gemeinsamer politischer und gesellschaftlicher Wertvorstellungen“ (S. 452) funktionierte. Das daraus erwachsene Spannungsverhältnis konnte nie ganz aufgelöst werden und war vor dem Hintergrund der Konfliktlinien im späten 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Strukturschwäche des Staates.

Die detailfreudige und sehr gut lesbare Studie überzeugt vollauf, da eine Fülle von Quellen und unterschiedlichen methodischen Ansätzen in die schlüssige Gesamtdarstellung integriert wurde, die die Schul- und Nationalitätenpolitik in der Ausgleichsepoche unter Berücksichtigung moderner kulturwissenschaftlicher Ansätze sehr differenziert darstellt und in vielen Facetten beleuchtet. Ergänzt wird der Band durch ein viersprachiges Register der Orts- und Komitatsnamen sowie ein Personenregister und Abkürzungsverzeichnis. Da umfangreiches statistisches Material zur Untermauerung der Argumentation herangezogen wurde, wäre eine weitergehende Aufbereitung in Form von Tabellen und Diagrammen wünschenswert gewesen.